



**Geschäftsführung
Ausschuss Allgemeine Verwaltung
und Rechtsfragen / Vergabe /
Internationales**

Frau Goretzki

Telefon: (0221) 26053

Fax: (0221)

E-Mail: silvia.goretzki@stadt-koeln.de

Datum: 04.03.2014

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales** in der Wahlperiode 2009/2014 am Montag, dem 04.11.2013, 15:00 Uhr bis 16:35 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Winrich Granitzka CDU

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Stefan Götz CDU

Herr Jürgen Koch CDU

Herr Dr. Walter Schulz SPD

Herr Horst Thelen GRÜNE

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Polina Frebel SPD

Frau Monika Möller SPD

Frau Susana dos Santos Herrmann SPD

Herr Werner Marx CDU

Herr Manfred Richter GRÜNE

Herr Andreas Wolter GRÜNE

Herr Volker Görzel FDP

Herr Frank Maul PRO KÖLN

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Herr Jörg Detjen DIE LINKE.

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Frau Iris Koppmann	auf Vorschlag der SPD
Herr Oliver Krems	SPD
Herr Axel Hopfau	auf Vorschlag der CDU
Herr Julius Knappertsbusch	auf Vorschlag der CDU
Herr Michael Kühle	FDP-Fraktion (auf Vorschlag der Grünen)
Herr Rüdiger Dröger	FDP
Herr Rudolf Schaefers	PRO KÖLN
Herr Nijat Bakis	

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Adelheid Langes	Psychosoziale Arbeitsgemeinschaft
Herr Mevlüt Ekinci	

Verwaltung

Herr Achim deVivie
Herr Ingo Fleischer
Herr Stadtdirektor Guido Kahlen
Herr Robert Kilp
Herr Hans-Jürgen Petry

Gleichstellungsbeauftragte

Frau Christine Kronenberg

GPR

Herr Ulrich Langner

Schriftführerin

Frau Silvia Goretzki

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Inge Halberstadt-Kausch	SPD
Herr Dr. Ralph Elster	CDU
Frau Gisela Manderla	CDU
Frau Brigitta Bülow von	GRÜNE

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Dr. Heinz Dieter Klein	auf Vorschlag der SPD
Frau Katharina Roy-Seuren	auf Vorschlag der CDU
Herr Franz Hess	auf Vorschlag der GRÜNEN
Herr Ralf Klemm	GRÜNE

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Herr Jörg Kalitowitsch	KLuST e.V.
Herr Johannes Köhn	

Herr Granitzka begrüßt die Anwesenden und weist zu Beginn auf die nächste Sitzung des Unterausschusses Allgemeine Verwaltungsorganisation hin, die am Montag, den 18.11.2013, um 15.30 Uhr im Theo-Burauen-Saal des Rathauses stattfindet.

Des Weiteren findet eine gemeinsame Sondersitzung des Ausschusses AVR / Vergabe / Internationales und des Gesundheitsausschusses mit dem Thema „Erläuterungen der Ergebnisse zur Beschäftigtenbefragung“ am Dienstag, den 26.11.2013, um 15.00 Uhr im Ratssaal des Rathauses statt.

Danach ruft er den Tagesordnungspunkt 0 auf und bittet um die Wahl von Frau Heike Kröll zur Schriftführerin (*Beschluss siehe Tagesordnungspunkt 0*).

Bevor er in die Tagesordnung einsteigt, weist er darauf hin, dass bei der Zuordnung des Tagesordnungspunktes 10.3 versehentlich der Punkt „Allgemeine Vorlagen“ gewählt worden sei, richtig wäre in diesem Fall eine Zuordnung der Vorlage unter Punkt 9 –Platzvergaben-. Die Verwaltung bittet das Versehen zu entschuldigen. Gleiches betrifft TOP 10.4, dieser wurde jedoch von der Verwaltung zurückgezogen.

Herr Granitzka trägt die Vorschläge der Verwaltung zur Aufnahme in bzw. Absetzung von der Tagesordnung vor:

I. Öffentlicher Teil

- Bestellung einer städtischen Bediensteten zur Schriftführerin des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales 3495/2013
- 4.3 Umsetzung der Maßnahmen zur Beschleunigung städtischer Bauprojekte und Vergabeprozesse (Ratsbeschluss vom 15.05.2012) 2958/2013
- 4.4 Einsatz von WLAN in der Internetstadt Köln - Gesamtstrategie "Internetzugang in der Kölner Innenstadt" 3445/2013
- 6.1 Angebote in Flüchtlingsheimen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket fördern AN/1233/2013

- 10.3 Genehmigung zur Durchführung von Veranstaltungen auf den zentralen Innenstadtplätzen für das 1. Halbjahr 2014
3255/2013
*Die Vorlage liegt in einer **Neufassung** vor, die am 29.10.2013 freigegeben wurde. Ich bitte Sie, die alte Fassung gegen die aktuelle Fassung auszutauschen.*
- 10.4 Neumarkt
hier: Antrag auf Durchführung von Zirkusveranstaltungen auf dem Neumarkt im ersten Halbjahr 2014
- Antrag der Roncalli Regenbogen Tournee GmbH, Neurather Weg. 7, 51063 Köln
- Antrag des Cirkus Carl Busch, Kreuzfeld 21, 91602 Dürrwangen
3287/2013
Die Vorlage wurde von der Verwaltung zurückgezogen.
- 10.5 Zweite Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln vom 28.02.2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
2877/2013

Herr Detjen schlägt vor, den TOP 6.1 nach dem TOP 4.4 zu behandeln. Herr Wolter bittet, beide Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln.

Herr Granitzka bestätigt eine gemeinsame Behandlung.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

Bestellung einer städtischen Bediensteten zur Schriftführerin des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales
3495/2013

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

2 Internationales

3 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

- 3.1 Der internationale Überwachungsskandal und die Datensicherheit bei der Stadt Köln
Beantwortung der Anfrage der Fraktion DIE LINKE (AN/0990/2013) gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates
3031/2013

- 3.2 Kostenloses Internetsurfen in der Kölner Innenstadt
Beantwortung der Anfrage der Fraktion FDP (AN/1049/2013) gem. § 4 der
Geschäftsordnung des Rates
3513/2013

4 Mitteilungen der Verwaltung

- 4.1 aktuelle Informationen zum Bleiberecht - September 2013
3358/2013
- 4.2 Aktueller Sachstand zur Flüchtlingsentwicklung und Flüchtlingsunterbringung
3357/2013
- 4.3 Umsetzung der Maßnahmen zur Beschleunigung städtischer Bauprojekte und
Vergabeprozesse (Ratsbeschluss vom 15.05.2012)
2958/2013
- 4.4 Einsatz von WLAN in der Innenstadt Köln - Gesamtstrategie "Internetzu-
gang in der Kölner Innenstadt"
3445/2013

5 Allgemeine Verwaltungsorganisation

6 Schriftliche Anfragen

- 6.1 Angebote in Flüchtlingsheimen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket fördern
AN/1233/2013

7 Mündliche Anfragen

- 7.1 personelle Unterbesetzung der Meldehallen - Kundenzentren
- 7.2 Übernahmeregelungen für Servicekräfte für Dialogmarketing

8 Anträge

9 Platzvergaben

10 Allgemeine Vorlagen

- 10.1 Bedarfsfeststellung zur Beschaffung einer Röntgenanlage inklusive der damit
im Zusammenhang stehenden Umbaumaßnahmen
2465/2013
- 10.2 Bedarfsfeststellung über die Ersatzbeschaffung von 22 Fahrzeugen für den
Ordnungs- und Verkehrsdienst
3237/2013

- 10.3 Genehmigung zur Durchführung von Veranstaltungen auf den zentralen Innenstadtplätzen für das 1. Halbjahr 2014
3255/2013
- 10.4 Neumarkt
hier: Antrag auf Durchführung von Zirkusveranstaltungen auf dem Neumarkt im ersten Halbjahr 2014
- Antrag der Roncalli Regenbogen Tournee GmbH, Neurather Weg. 7, 51063 Köln
- Antrag des Cirkus Carl Busch, Kreuzfeld 21, 91602 Dürrwangen
3287/2013
- 10.5 Zweite Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln vom 28.02.2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
2877/2013

I. Öffentlicher Teil

Bestellung einer städtischen Bediensteten zur Schriftführerin des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales 3495/2013

Beschluss:

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales bestellt für die restliche Dauer der Wahlperiode des Rates 2009 bis 2014 Frau Heike Kröll zur Schriftführerin des Ausschusses.

Die Bestellung von Frau Verena Stiens zur Schriftführerin wird aufgehoben.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

Frau Kronenberg informiert über die Veranstaltung „Charta der Gleichstellung“. In diesem Zusammenhang ruft Frau Kronenberg in Erinnerung, dass die Stadt Köln vor ca. 2 Jahren der Charta beigetreten sei. Hierzu habe in der letzten Woche eine Veranstaltung im Rathaus stattgefunden. Die Stadtgesellschaft wurde dabei eingebunden. Von den zahlreichen Handlungsfeldern wurden drei ausgesucht. Dazu wurden Foren gebildet, die von sehr prominenten Politikern aus der Bundes-, Landes- und Kölner-Politik besucht wurden. Gemeinsam mit der Stadtgesellschaft, den anwesenden Amtsleiterinnen und Amtsleitern haben die Politiker die verschiedenen Themen diskutiert.

Das anregendste Forum war ihrer Meinung nach das Forum „Partysicherheit in Köln von Jungen und Mädchen“. Hierbei ging es im Speziellen um das Thema KO-Tropfen. Zahlreiche Schülerinnen haben über eigene Erlebnisse berichtet. In diesem Forum seien sehr konstruktive Maßnahmen erörtert worden, wie zum Beispiel der Vorschlag, eine Kooperation mit der KVB einzugehen. Ein übergeordneter Vorschlag war es, zu einem Arbeitskreis mit den Clubbesitzern von Köln einzuladen.

Herr Granitzka bittet Frau Kronenberg, ihm ein Protokoll von dieser Veranstaltung zukommen zu lassen.

Frau Kronenberg stellt ein weiteres Forum vor, das u. a. auch von Frau Möller mitgeleitet wurde: „Geschlechteraspekte in die Städtepartnerschaften und internationale Kooperationen integrieren“ und bittet Frau Möller hierzu kurz zu berichten.

Frau Möller teilt mit, dass es einen sehr umfassenden Katalog von Maßnahmen gegeben habe, von denen sie besonders herausstellen möchte, dass zum einen die Wirtschaftsbotschafter zukünftig zu 50% aus Frauen bestehen sollen und gleiches auch für die städtischen Delegationen, die Auslandsreisen wahrnehmen, erreicht werden sollte.

2 Internationales

Herr Wolf berichtet von zwei Veranstaltungen zum Abschluss des diesjährigen Jubiläumsmarathons. Zum einen das 50jährige Jubiläum der Städtepartnerschaft Kyoto – Köln und das 25jährige Jubiläum mit Thessaloniki – Köln. Vereinbart war, dass nach Thessaloniki Ratsmitglieder reisen. U. a. war Herr Granitzka bei dieser Veranstaltung mit dabei. Herr Wolf bittet Herrn Granitzka, seine Eindrücke zu schildern, da er selbst nicht an der Veranstaltung teilnehmen konnte.

Herr Granitzka berichtet über die seiner Meinung nach sehr positiv verlaufende Veranstaltung und die dort herrschenden Problemstellungen des Landes, der Wirtschaftskrise, der Krise des politischen Systems und der Jugendarbeitslosigkeit.

Des Weiteren teilt Herr Wolf mit, dass am heutigen Abend in der Reihe Köln Weltweit - mit Ausblick auf das nächste anstehende 50jährige Jubiläum Köln – Tunis- eine Kooperationsveranstaltung mit der Gedenkstädte Berlin Hohenschönhausen zum Thema „Reicht der lange Arm des tunesischen Geheimdienstes bis an den Rhein“ stattfindet. Beginn 19.00 Uhr VHS-Forum. Es seien alle recht herzlich eingeladen.

3 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

3.1 Der internationale Überwachungsskandal und die Datensicherheit bei der Stadt Köln Beantwortung der Anfrage der Fraktion DIE LINKE (AN/0990/2013) gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates 3031/2013

Herr Detjen bedankt sich bei der Verwaltung, dass das Thema sehr komplex und interessant beantwortet worden sei und bittet, die noch ausstehende Frage 4 zu beantworten.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis und bittet, die noch ausstehende Beantwortung zur Frage 4 zur nächsten Sitzung vorzulegen.

3.2 Kostenloses Internetsurfen in der Kölner Innenstadt Beantwortung der Anfrage der Fraktion FDP (AN/1049/2013) gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates 3513/2013

Herr Görzel bittet um Erläuterung, weshalb die Mitteilungen von TOP 3.2 und 4.4, die das gleiche Thema beinhalten, von zwei verschiedenen Dienststellen beantwortet worden seien.

Herr Kahlen teilt mit, dass Herr Oberbürgermeister Roters im letzten Stadtvorstand entschieden habe, dass die Thematik künftig bei dem zu seinem Dezernat gehörigen Amt für Informationsverarbeitung angebunden sein soll. Die Anfrage datiert vom 10.09.2013 und sei daher, entsprechend der damaligen Regelung, an Dezernat III verwiesen worden.

In der Sache bittet Herr Görzel, die Behandlung in die nächste Sitzung zu schieben.

4 Mitteilungen der Verwaltung

4.1 aktuelle Informationen zum Bleiberecht - September 2013 3358/2013

Die Mitteilung hat zur Sitzung vorgelegen; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

4.2 Aktueller Sachstand zur Flüchtlingsentwicklung und Flüchtlingsunterbringung 3357/2013

Frau Dos Santos dankt für die Darstellung der Flüchtlingsentwicklung, aus der man ablesen kann, dass die Verwaltung keineswegs in der Vergangenheit untätig gewesen sei. Gleichzeitig werde deutlich, dass die jetzige Situation eine Zuspitzung der städt. Möglichkeiten und erst recht eine Verschärfung der Situation der betroffenen Menschen darstelle. Leider müsste man mit der akuten Situation leben, dass es sich überwiegend um größere Unterkunftseinheiten handele.

Ihr sei aber wichtig, so wie es auch beim runden Tisch für Flüchtlingsfragen diskutiert worden sei, dass zukünftig wieder mehr auf eine dezentrale Unterbringung in kleineren Wohneinheiten gesetzt werde. Dieses Ziel lese sie auch aus der von der Verwaltung erstellten Mitteilung heraus.

Herr Richter bestätigt die Einschätzung der SPD-Fraktion. Die Darstellung der kurz- und mittelfristigen Planung kann er unterstützen. In der langfristigen Planung müsse man als Millionenstadt gerüstet sein, dass man zukünftig auch mit Flüchtlingszahlen zurechtkomme, die die 3000'er-Marke überschreiten. Die kurzfristigen Maßnahmen widersprechen zwar den Leitlinien, seien aber in der jetzigen Situation notwendig.

Herr Marx sieht ebenfalls die prekäre Flüchtlingssituation und auch, dass die Stadt Köln bemüht sei, entsprechende Unterbringungsmöglichkeiten zu finden. Er greift die Situation aus Köln-Kalk auf. Dort seien Flüchtlinge in einem Hotel untergebracht worden. Die Anwohner seien im Vorfeld nicht unterrichtet worden und hätten dies u. a. aus der Presse erfahren. Herr Marx appelliert an eine bessere Informationspolitik der Stadt hinsichtlich der Unterbringungen.

Herr Granitzka setzt die Ausschussmitglieder in Kenntnis, dass Frau Reker ihn über die Unterbringung informiert habe. Zum Schutz der Hoteliers und auch um deren Bereitschaft aufrecht zu erhalten, weiterhin Flüchtlinge aufzunehmen, werden solche Unterbringungen nicht öffentlich kund getan. Leider sei durch eine Indiskretion diese Information an die Presse gelangt.

Herr Detjen teilt mit, dass beim Runden Tisch für Flüchtlingsfragen die Unterbringungsmöglichkeiten seitens der Wohlfahrtsverbände etc. kritisiert worden seien, da ein intaktes Familienleben z. B. in Hotels nicht möglich sei. Auch sei der Runde Tisch nicht in die konzeptionelle Arbeit zur Flüchtlingsunterbringung eingebunden worden. Die Fraktion Die Linke teilt diese Kritik. Wünschenswert wäre eine Unterbringung in eigenen Wohneinheiten bzw. modernen Wohncontainern, die ein soziales Zusammenleben unter Nutzung einer eigenen Küche etc. ermöglichen.

Herr Görzel weist darauf hin, dass es aktuell keine Probleme zu Standards und Ausstattungen gäbe, wenn in der Vergangenheit mehr Geld zur Verfügung gestanden hätte.

te. Dies ist sicherlich kein Problem, das man der Verwaltung anlasten könne, so dass zukünftige Gremien sich dieser Verantwortung bewusst werden müssen. Um diesen Missständen zukünftig entgegen zu wirken, müssen entsprechende Gelder zur Verfügung gestellt werden. Dies sei sicher nicht zum Nulltarif zu haben.

Herr Granitzka bedankt sich bei den Rednern und weist auf die von Frau Reker angebotenen Gesprächen mit den Fraktionen hin.

Die Mitteilung hat zur Sitzung vorgelegen; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

4.3 Umsetzung der Maßnahmen zur Beschleunigung städtischer Bauprojekte und Vergabeprozesse (Ratsbeschluss vom 15.05.2012) 2958/2013

Herr Richter fragt nach, ob in dem vorgestellten Handlungsleitfaden auch Aussagen zum Risikomanagement getroffen seien und er weist darauf hin, dass seine Fraktion die Darstellung zum Thema „politische Rückfragen“ und der dadurch entstehenden Verzögerungen nicht teile.

Herr Kahlen bekräftigt, dass das Risikomanagement Berücksichtigung fände und auch im Handlungsleitfaden eine zentrale Rolle spiele.

Bezüglich der Anmerkung von Herrn Richter weist Herr Kahlen darauf hin, dass die Frage von Verzicht auf politisch nicht beeinflussbare Entscheidungen, dies seien Entscheidungen nach dem § 5 Zuständigkeitsordnung, geklärt werden müsse. Da sei dankenswerter Weise im Bereich des federführenden Betriebsausschusses „Bauen“ für die Gebäudewirtschaft eine entsprechende Regelung erreicht worden. Dies sollte auch auf andere Bereiche übertragbar sein. Grundsätzlich müsse akzeptiert werden, dass die Frage der Vergabe keine politische, sondern eine an gesetzliche Regelungen gebundene Entscheidung sei. Vergaberechtskonforme Entscheidungen sind in aller Regel alternativlos.

Der andere Punkt sei die Frage von Bedarfsfeststellungen; so stellt sich die Frage, ob es wirklich notwendig sei, beispielsweise die Anschaffung von Familienstammbüchern durch die politischen Gremien entscheiden zu lassen.

Hier sollte zu Beginn der nächsten Ratsperiode eine Verständigung dahingehend erzielt werden, was unter „Geschäfte der laufenden Verwaltung“ subsumiert werden könne.

Ein Verzicht solcher Beschlussfassungen, die keine Auswirkung auf eine politische Entscheidung haben, würde zum einen den Verwaltungsablauf beschleunigen und zum anderen die Ausschussmitglieder entlasten. Dies sei ein Projekt, welches zu Beginn der neuen Ratsperiode angegangen werden solle.

Die Mitteilung hat zur Sitzung vorgelegen; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

4.4 Einsatz von WLAN in der Internetstadt Köln - Gesamtstrategie "Internetzugang in der Kölner Innenstadt" 3445/2013

Frau Dos Santos hebt hervor, dass der nächste Schritt in Sachen W-LAN und Hotspot richtig sei, dieser sich in der Sache aber nicht nur darauf beschränken solle. Das Angebot in der Innenstadt sei gut, allerdings sollte man sich auch über W-LAN Angebote in Schulen etc. Gedanken machen. Dort sei die Infrastruktur entsprechend auszubauen, damit die neue Technik genutzt werden könne.

Herr Richter weist darauf hin, dass es kein kostenloses Internetsurfen in der Innenstadt gäbe. Sofern sich kein privater Anbieter finden ließe, müsse die Stadtverwaltung einen fünfstelligen Betrag für die Installation und Sicherheit eines Hotspots finanzieren. Bevor die Gelder aus dem städt. Haushalt für ein kostenloses Internetsurfen in der Innenstadt verausgabt werden, sollten diese Gelder besser, wie von Frau Dos Santos angeregt, in die Bildung investiert werden.

Herr Kahlen stimmt seinen Vorrednern zu und bekräftigt, dass der Bildungssektor in der weiteren Entwicklung einen sehr hohen Stellenwert habe. In der Dezembersitzung werde die Verwaltung dem Ausschuss vorschlagen, im Bereich IT für Schulen eine Investition von ca. 2 Millionen Euro zu tätigen.

Bezüglich der Kosten sei die Verwaltung im regen Kontakt mit NetCologne. In der Pressekonferenz vom letzten Donnerstag habe NetCologne extra darauf hingewiesen, dass bei weiteren Hotspot Standorten Sponsoring-Beteiligungen von interessierten Unternehmen vorgesehen seien. Dies werde derzeit von NetCologne auch erfolgreich angegangen, dennoch stehe sie hier noch am Anfang der Entwicklung. Je nach Platzdichte sei mit Kosten von ca. 50.000 € pro Jahr zu rechnen. Insofern habe Herr Richter recht, dass ein solcher Einsatz nicht kostenlos zu haben sei.

Herr Görzel bittet, die Mitteilung TOP 4.4 -Einsatz von WLAN in der Innenstadt Köln Gesamtstrategie "Internetzugang in der Kölner Innenstadt"- an die BV-Innenstadt weiterzuleiten.

Herr Detjen schließt sich den Wortbeiträgen von SPD und Grünen an.

Herr Kruse konkretisiert das vorhin genannte Investitionskonzept der Schulen. Er werde gemeinsam mit dem Amt für Schulentwicklung eine Bedarfsprüfung in den Rat einbringen. Diese werde ein Gesamtvolumen für einen Rahmenvertrag für die Dauer von drei Jahren von 2,09 Mio. € haben. Damit lassen sich ca. 70-90 Schulen je nach Schulform, -größe und Rahmenbedingungen in den nächsten drei Jahren mit W-LAN ausstatten. Eine noch stärkere Intensivierung sei wünschenswert, ein solches Investitionspaket müsse jedoch insgesamt geplant und verbaut werden können; außerdem sind diesbezüglich pädagogische Konzepte von den Schulen vorzulegen.

Bisher konnten schon rd. 30 Schulen mit strukturierten W-LAN, welches zentral gemanagt werde, ausgestattet werden. Er bittet um Unterstützung für die kommende Bedarfsprüfung, weil dies die Basis für die nächsten Jahre legen werde.

Die Mitteilung hat zur Sitzung vorgelegen; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

5 Allgemeine Verwaltungsorganisation

6 Schriftliche Anfragen

6.1 Angebote in Flüchtlingsheimen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket fördern AN/1233/2013

Herr Granitzka verweist den Antrag zuständigkeitshalber in den Ausschuss für Soziales und Senioren und bittet nach deren Beratung um erneute Vorlage.

Herr Detjen teilt mit, dass seine Fraktion die Thematik eingebracht habe, um darauf hinzuweisen, dass Möglichkeiten bestünden, Gelder aus dem Bildungs- und Teilhabepaket für solche Zwecke zu nutzen. Selbstverständlich sei er mit dem Verweis in den Ausschuss für Soziales und Senioren einverstanden.

Der Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales verweist den Antrag zuständigkeitshalber in den Ausschuss für Soziales und Senioren und bittet in Anschluss um erneute Vorlage.

7 Mündliche Anfragen

7.1 personelle Unterbesetzung der Meldehallen - Kundenzentren

Herr Marx nimmt eine Berichterstattung des Kölner Stadtanzeigers zum Anlass nachzufragen, wie es zurzeit um die personelle Ausstattung der Meldehallen bzw. Kundenzentren gestellt sei. Aus der aktuellen Presse könne man entnehmen, dass die Meldehallen unterbesetzt und die Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen deutlich überbelastet seien. Die Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen würden sich wünschen, dass dies kein Dauerzustand bleibe.

Er bittet daher, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie stellen sich die Auslastung und die zukünftige personelle Entwicklung in den Kundenzentren dar?
2. Wie gestaltet sich die Ausbildungssituation des mittleren Dienstes, weil vorrangig Bedienstete des mittleren Dienstes in den Kundenzentren tätig seien.
3. Wie sehen die Wartezeiten der Bürgerinnen und Bürger in den Kundenzentren, differenziert nach den neun Stadtbezirken aus.

Herr Granitzka bittet, die Anfrage schriftlich zu beantworten.

7.2 Übernahmeregelungen für Servicekräfte für Dialogmarketing

Herr Detjen bemängelt die prekären Beschäftigungsverhältnisse der Servicekräfte für Dialogmarketing und regt an, den Dialog mit dem Personalrat und der Jugendauszubildendenvertretung zu suchen, damit er sich für die nächste Sitzung eine schriftliche Anfrage sparen könne.

Herr Kahlen erläutert, dass im Augenblick aus dem betrieblichen Ablauf heraus und dem dokumentierten Anfragebarometer der Bürgerinnen und Bürger kein anderes Angebot unterbreitet werden könne. Dies sei auch mit dem Personalrat und der Jugendauszubildendenvertretung besprochen worden. Zurzeit werden zusätzliche Angebote - Übernahme anderer Kommunen und dgl. - geprüft, um das bisherige Anfrageverhalten ggfls. aufstocken zu können.

Herr Dicken weist darauf hin, dass es eine politische Entscheidung sei, ob die Stadt Köln ausbilden wolle, damit junge Menschen nach der Ausbildung mit rd. 30 Std. wöchentlich nur ca. 1.070 € netto verdienen und damit zur Aufnahme eines Zweitjobs gezwungen werden. Wenn solche Angebote zur Ausbildung unterbreitet werden, solle auch eine Übernahme in Vollzeit möglich sein.

8 Anträge

9 Platzvergaben

10 Allgemeine Vorlagen

**10.1 Bedarfsfeststellung zur Beschaffung einer Röntgenanlage inklusive der damit im Zusammenhang stehenden Umbaumaßnahmen
2465/2013**

Beschluss:

Gemäß § 10 (6) der Zuständigkeitsordnung der Stadt Köln stellt der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales den Bedarf zur Beschaffung einer Röntgenanlage (inklusive der dazugehörigen Peripheriegeräte) im Wert von ca. 188.000 € zuzüglich der erforderlichen Umbau- und Rückbaumaßnahmen mit einem Auftragsvolumen von

- a) ca. 25.000 € für Rückbau und Entsorgung der Altanlage und
 - b) ca. 45.000 € für Umbauarbeiten zur Installation der Neuanlage
- fest.

Die Finanzierung der Maßnahme erfolgt aus im Haushaltsjahr 2013 zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**10.2 Bedarfsfeststellung über die Ersatzbeschaffung von 22 Fahrzeugen für den Ordnungs- und Verkehrsdienst
3237/2013**

Herr Wolter nimmt den Tagesordnungspunkt 10.2 „Bedarfsfeststellung über die Ersatzbeschaffung von 22 Fahrzeugen für den Ordnungs- und Verkehrsdienst“ zum Anlass, zwei Fragen zu stellen:

- a. Inwieweit können die Tätigkeiten des Ordnungs- und Verkehrsdienstes, die Mobilität im Stadtgebiet erfordern, so differenziert werden, dass die Aufgabenerfüllung auch durch andere Verkehrsmittel als dem Einsatz von PKW durchgeführt werden kann, so z. B. durch vermehrten Einsatz von Fahrrädern und Motorrollern.
- b. Die Beschaffung von Fahrzeugen für den Ordnungs- und Verkehrsdienst erfolgt durch die AWB unter Nutzung einer Rahmenvertragsvereinbarung.

Welche Möglichkeiten bestehen, für die zukünftige Beschaffung von Fahrzeugen verstärkt mit Hybrid- bzw. Elektroantrieb zu berücksichtigen und die Beschaffung solcher umweltfreundlichen Fahrzeuge auf Basis eines Marktvergleichs durchzuführen.

Herr Kahlen sichert die Beantwortung zu. Er regt an, diese erst zum Zeitpunkt einer erst in ca. 1,5 Jahren anstehenden Ersatzbeschaffung vorzunehmen, damit dann die neuen technischen Standards, die Umweltaspekte und die technische Infrastruktur Berücksichtigung finden können. Es sei eine hohe Dynamik in diesem Bereich zu verzeichnen, so dass ein jetzt erstelltes Konzept in 1,5 Jahren keine Gültigkeit mehr haben könnte. Selbstverständlich würde dieses Konzept mit genügend Vorlaufzeit vor der nächsten Beschaffung den Ausschussmitgliedern vorgelegt werden.

Beschluss:

1. Gemäß § 60 Abs. 1, S. 2 GO NW in Verbindung mit § 10 der Hauptsatzung erkennen wir den Bedarf zur Beschaffung von 22 Fahrzeugen für den Ordnungs- und Verkehrsdienst in Höhe von 413.012,15 EUR an.
2. Die benötigten Haushaltsmittel stehen im Teilfinanzplan 0201 – Allgemeine Sicherheit und Ordnung, in Teilplanzeile 9, Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen bei der Finanzstelle 3240-0201-0-0100 – Beschaffung KFZ Ordnungsdienst sowie im Teilfinanzplan 0205 – Verkehrsüberwachung, in Teilplanzeile 9, Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen bei der Finanzstelle 3240-0205-0-0100 – Beschaffung KFZ Verkehrsdienst zur Verfügung.
3. Wir verzichten auf den Vergabevorbehalt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**10.3 Genehmigung zur Durchführung von Veranstaltungen auf den zentralen Innenstadtplätzen für das 1. Halbjahr 2014
3255/2013**

Herr Granitzka vermisst den Maimarkt in der Vorlage. Darüber hinaus bittet er Herrn Kilp um Mitteilung des Sachstandes zur einvernehmlichen Einigung mit den Veranstaltern zum Platzvergabekonzept.

Herr Wolter vertritt die Ansicht, dass für den Bereich der Platzvergaben eine diskriminierungsfreie und transparente Vergabe zukünftig notwendig sei. Es habe sich gezeigt, dass es hierdurch auch zu qualitativen Verbesserungen kommen könne.

Herr Kilp weist zurück, dass dem Zirkus Roncalli eine Bevorzugung eingeräumt worden sei. Laut dem Platzkonzept werde alle 2 Jahre ein Zirkusgastspiel auf dem Neumarkt vergeben. Welcher Veranstalter grundsätzlich den Zuschlag erhalte, sei immer eine Frage des sog. Auswahlermessens. Die jetzt vorliegende Klage wurde angekündigt, so dass in vielen Verwaltungsschritten bereits im Vorfeld das Rechtsamt mit eingebunden worden sei. Die aktuell eingereichte Klage habe dazu geführt, dass der Tagesordnungspunkt 10.4 zurückgezogen worden sei.

Zum Thema Maimarkt gab es in der Vergangenheit immer wieder den Konflikt zwischen dem Zirkusgastspiel und dem Maimarkt. Es sei aber bisher immer geglückt, eine einvernehmliche Lösung zu finden. Auch diesmal sei mit dem Veranstalter des Maimarktes eine Vereinbarung dahingehend erzielt worden, dass eine Veranstaltung auf dem Rudolfplatz stattfinden könne. Da der Maimarkt aber im direkten Zusammenhang mit dem Zirkusgastspiel stünde, wäre dieser Punkt zunächst außen vor gelassen

worden. Sobald das Gerichtsverfahren beendet sei, werde es auch zum Thema Markt eine entsprechende Vorlage geben.

Selbstverständlich werde man eine transparente Vergabe sicherstellen, sobald mehr Interessenten/Bewerber als entsprechende Platzvergaben zur Verfügung stehen. Sofern sachliche Kriterien nicht den Ausschlag geben können –Beispiel Maronenverkäufer- müsse als letztes Mittel ein Losverfahren gewählt werden. Sicherlich seien sachliche Gründe einem Losverfahren immer vorzuziehen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt,

1. den zentralen Innenstadtplatz Neumarkt für die Durchführung
 - der Karnevalskirmes (01.03. – 07.03.2014)
2. den zentralen Innenstadtplatz Rudolfplatz für die Durchführung
 - des Antikmarktes (03.04. – 07.04.2014)
 - des Israeltages (14.05.2014)

im Vorgriff auf die Veranstaltungen im 2. Halbjahr 2014

3. die zentralen Innenstadtplätze Neumarkt und Rudolfplatz für die Durchführung
 - von Veranstaltungen des Games Com Festivals (11.08. – 20.08.2014)

den jeweiligen Veranstaltern zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

10.4 Neumarkt

hier: Antrag auf Durchführung von Zirkusveranstaltungen auf dem Neumarkt im ersten Halbjahr 2014

- Antrag der Roncalli Regenbogen Tournee GmbH, Neurather Weg. 7, 51063 Köln

- Antrag des Cirkus Carl Busch, Kreuzfeld 21, 91602 Dürrwangen 3287/2013

Die Vorlage wurde von der Verwaltung zurückgezogen.

10.5 Zweite Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln vom 28.02.2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen 2877/2013

Beschluss:

Der Rat beschließt den Erlass der zweiten Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in der als Anlage 1 zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Alternative:

Keine

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Granitzka
Vorsitzender

Goretzki
stellv. Schriftführerin